

Stellungnahme der Freien-Wähler zum Kreis-Haushalt 2015

**Sehr geehrter Herr Landrat,
Meine Damen und Herren des Kreistags, liebe Gäste,**

Während in diesen Tagen landauf- landab die Narren das Geschehen in die Hand genommen haben, muss man sich schon zusammenreißen um nicht – selbst bei der Kommentierung eines Haushalts – in die Comedy-Ecke abzudriften. Meine Neigung das Eine oder Andere vielleicht auch etwas überspitzt darzustellen möge man mir im Vorfeld verzeihen.

Politik, und vor allem Kommunalpolitik muss nicht immer bierernst ablaufen. Aber die zu behandelnden Themen sind auch nicht immer lustig, im Gegenteil, manchmal müsste man auch Schmerzensgeld dafür verlangen. Wobei sich letzteres immer mehr durchsetzt.

Ich habe noch Ihre drohenden Wolken aus der Präsentation vom Vorjahr in Erinnerung und werde das Gefühl nicht los, dass wir bereits mitten im Regen stehen und sich ganz langsam ein Sturm entwickelt dem wir nur wenig entgegnen können.

Die Rahmenbedingungen die die Gemeinden aus Berlin erhalten sind dabei nicht unbedingt hilfreich. Die vor- und kurz nach der Wahl propagierte Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung erweist sich einmal mehr als Lippenbekenntnisse die im Koalitionsvertrag zwar aufgelistet, in der Ausführung dann aber „auf die lange Bank geschoben“ werden. Die Unterstützung bei der Eingliederungshilfe ist so ein Beispiel. Die angekündigten 5 Milliarden werden ab dem Jahr 2015 auf eine Milliarde reduziert und der Rest auf 2018 verschoben. Für den Kreis und die Gemeinden sind das rund 3 Mio. € Mehreinnahmen, während die Ausgaben beim Landkreis um 4 Mio. € steigen.

Warum diese vielgepriesene „Entlastung“ aber nicht dort ankommt, wo die Ausgaben getätigt werden, nämlich beim Kreis, und statt dessen als Aufschlag zum Umsatzsteuer-Anteil den Gemeinden gutgeschrieben wird, konnte mir bisher noch niemand erklären. Zumal auch noch gleichzeitig der Verteilerschlüssel aktualisiert wurde und einige Kommunen damit gar keine „Mehreinnahmen“ verzeichnen können.

Aber es ist durchaus ein Beispiel dafür, wie unübersichtlich die Finanzbeziehungen zwischen Bund-Ländern und Gemeinden zwischenzeitlich geworden sind. Vor lauter Finanz-Ausgleichs-Berechnungen muss man heute studierte Mitarbeiter beschäftigen die dieses Hin- und Hergeschiebe nachvollziehen können. Eine sinnvolle Neuordnung mit zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben wäre längst überfällig. Was soll eine kaufmännische Buchführung für einen Sinn machen, wenn die daraus abzuleitenden Ergebnisse ignoriert werden?

Aber auch von Steuervereinfachungen oder Steuersenkungen ist schon lange nicht mehr die Rede. Dafür kümmert sich die Koalition ganz kräftig um neue Finanzmittel wie zum Beispiel um die Einführung der PKW-Maut, verbunden mit einer aufwändigen Verrechnung mit der KFZ-Steuer. Dabei würden die Einnahmen aus KFZ- und Mineralölsteuer von rund 50 Milliarden mehrfach ausreichen den Erhalt und den Neubau von Straßen zu finanzieren – wenn diese Steuern nicht schon längst andere Haushaltslöcher stopfen müssten.

Und wer geglaubt hatte, dass mit dem erfolgreichen Abschluss des Aufbaus Ost der Solidaritätszuschlag entfallen würde, der bemerkt mit Entsetzen, dass diese ursprünglich als

vorübergehende Steuerbelastung gedachten Abgabe, im Bundesrat als Verteilungsmasse für den Länder Finanzausgleich gehandelt wird. Der Einfallsreichtum der Bundes- und Landespolitiker kennt beim Thema Steuern offenbar nicht einmal mehr moralische Grenzen.

Das Thema Nr. 1 des nächsten Jahres, die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber scheint bei der Bundesregierung noch gar nicht so recht angekommen zu sein. Dabei muss man sich für die kurzfristigen Lockerungen im Baurecht wohl auch noch bedanken. Aber finanziell sieht man die Verantwortung bei den Ländern die ihrerseits den Kommunen die Hauptaufgabe der Unterbringung und damit auch einen wesentlichen Teil der Kosten überlassen.

Nach einer dpa-Meldung in der BNN vom 05. Januar spricht sich der Vizekanzler, Siegmund Gabriel, dafür aus die Unterbringung der Flüchtlinge aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren um „sozialen Sprengstoff“ in den Kommunen zu vermeiden. Tatsächlich will man 500 Millionen den Ländern und den Kommunen zu Verfügung stellen. Auch dieses Geld wieder mit dem Umweg über die Umsatzsteuer und dazu noch zur Hälfte als Darlehen. Geht es eigentlich noch umständlicher?

Bei den Kommunen im Land scheinen jetzt gerade mal 30 Millionen, auf zwei Jahre anzukommen. Als 25%iger Zuschuss für neue Wohnungen. Darauf scheint man auch noch stolz zu sein. Bei dem letzten Flüchtlingsstrom 1991/92 hat die damalige Landesregierung ein Wohnungsbauprogramm von 700 Mio.DM aufgelegt. Ein Zeichen dafür, dass die Verantwortlichen im Land die Dimension der Belastung an der Basis noch gar nicht begriffen haben. Über die „faire Lastenverteilung“ und die unzureichende Pauschale wollte man sich bis Weihnachten abstimmen. Nur leider hat man die Jahreszahl vergessen.

Bei dem Infrastrukturprojekt des Jahrzehnts, dem Ausbau der Breitbandversorgung, begleitet uns die Bundesregierung mit großem Wohlwollen. Gleich drei Bundesminister stellten sich mit einem Positionspapier, das einen Ausbau bis 50 Mbit bis zum Jahr 2018 vorhersagt, vor die Presse. Dabei sagen uns alle Fachleute voraus, dass in spätestens 5 Jahren die Doppelte bis Dreifache Übertragungsgeschwindigkeit bereits von den privaten Haushaltungen abverlangt wird.

Die finanzielle Unterstützung des Bundes hält sich dafür aber in engen Grenzen. Mit Ausnahme zinsgünstiger Kredite über die KfW gibt es keine echten Entlastungen bei dieser zukunftsweisenden Aufgabe. Aber günstige Kredite gibt es derzeit an allen Ecken.

Und auch das Land ist sich noch nicht sicher ob die zugesagte Förderung auch für die Kommunen gilt, die bereits mit Telekom und Breitband ausreichend versorgt sind.

Dabei habe ich mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass ich neben dem Telekomnetz und der Breitbandversorgung durch Kabel-BW eine dritte Leitung für volkswirtschaftlichen Unsinn halte. Neben Strom, Gas, Wasser und Abwasser gehört der digitale Anschluss eines Haushalts zur „Daseinsfürsorge“. So wie Strom und Gasanbieter ihre Netze für alle Lieferanten offen halten müssen, so wäre auch hier eine politische Weisung in Richtung der vorhandenen Netzbetreiber angebracht. Stattdessen müssen die Kommunen mit einem riesigen Aufwand Straßen, Gehwege und Vorgärten aufbrechen um letztlich nur noch die zu erreichen für die sich ein Anschluss aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht lohnt. Die Großabnehmer von digitalen Daten sind zwischenzeitlich weitgehend, auch mit Glasfaser versorgt.

Aber gerade für den schwer zu erschließenden ländlichen Raum ist der Standortfaktor „Glasfaser“ von entscheidender Zukunftsbedeutung. Daher unterstützen wir die Landkreisinitiative für die regionale Vernetzung uneingeschränkt. Für jede einzelne Kommune bleibt die riesige Aufgabe der innerörtlichen Vernetzung in eigener Verantwortung.

Und nicht nur die Koalition im Bund ist in ihrer Politik auf die „schwarze Null“ fixiert. Auch die Landesregierung schaut nur auf die eigenen Finanzen und kümmert sich wenig um die wichtigen Dinge des Lebens, sondern ist überwiegend bemüht ideologisch geprägte Ziele umzusetzen.

Die Wind-Offensive hatte ich bereits im letzten Jahr angeprangert. Der Nachbarschaftsverband arbeitet seit zwei Jahren mit ungezählten und teuren Gutachten im sechsstelligen Bereich an einem Standortplan für Windkraftanlagen um letztlich bei einem einzigen verbliebenen Platz auf der Kreiserdmülldeponie zu landen. Dabei stehen sich die Naturschützer selber im Weg – noch nie gab es so viele Rotmilane die doch eigentlich auf der roten Liste stehen sollten.

Mit dem neuen Jagdgesetz, das niemand wirklich brauchte, sind jetzt endlich auch Hunde und Katzen geschützt. Als ob die Jäger im Land nichts anderes zu tun gehabt hätten als diese Spezies gnadenlos zu verfolgen. Die Auswirkungen dieses, mit rosaroter Brille gestrickten, Gesetzes wird nicht nur die Untere Jagdbehörde mit Verwaltungsaufgaben zudecken – es wird über kurz oder lang auch die Kommunen beschäftigen. Bei der Neu-aufnahme der Jagdkataster, den neu aufzulegenden Genossenschaftsversammlungen und den Zielvereinbarungen mit den Pächtern wünsche ich den Rathausverwaltungen viel Vergnügen.

Die neue Landesbauordnung wurde unter ökologischen Gesichtspunkten überarbeitet. Neben den überdachten Fahrradabstellplätzen und der Fassadenbegrünung dürfen die Kommunen jetzt die Stellplätze für PKW reduzieren. Dafür müssen wir vor der Ausweisung neuer Baugebiete ein Baulückenkataster vorlegen und eine Bedarfsflächennachweis führen. Von den zahlreichen zusätzlichen Gutachten die jetzt erforderlich sind können alle Kollegen ein Lied singen die sich an die Ausweisung neuer Baugebiete heranwagen. Dabei fehlt uns, zumindest im Stadteinzugsgebiet, Wohnraum an allen Ecken und Enden. Mit dem Erfolg steigender Baulandpreise und auch steigender Mieten.

Ein knappes Gut wird bei steigender Nachfrage zwangsläufig teurer. Das trifft vornehmlich die Schwachen in unserer Gesellschaft, aber auch den Kreis und die Kommunen, die bereits heute schon in der Verpflichtung zur Unterbringung sich gegenseitig bei der Beschaffung von Wohnraum überbieten. Ideologische Träumereien über eine Reduzierung des Landverbrauchs sollten dringend der Realität weichen.

Aber diese Hoffnung habe ich spätestens nach der neuesten Einladung aufgegeben. Nach dem „Fahrradland-Baden-Württemberg“ hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt auch ein „fußgängerfreundliches Baden-Württemberg“ zu werden. Die Auftaktveranstaltung im Februar in Stuttgart habe ich mir ganz dick im Kalender angestrichen. Der Kreistag ist herzlich dazu eingeladen.

Dafür hängen wir seit nunmehr drei Jahren in der Schulpolitik des Landes voll in den Seilen. Das Thema „regionale Schulplanung“ wurde den Kommunen überlassen, wobei die unbeliebten Werkrealschulen sich mit der Gemeinschaftsschule ein stabiles Standbein geschaffen haben und den originären Schulzentren teilweise das Wasser abgraben. Statt einem zweigliedrigen Schulsystem, wie angekündigt, konkurrieren jetzt neben den Gymnasien die noch verbleibenden Werkrealschulen, die Gemeinschaftsschulen und die Realschulen um die letzten Schüler und um das Überleben. Dass jetzt auch noch vor wenigen Wochen das Ministerium sich zu den Realschulen bekennt versteht wohl niemand mehr – es sei denn man hätte ein gemeinsames Ziel für diese drei Schulformen im Auge – und darauf scheint es wohl hinaus zu laufen.

Die ideologischen Aktivitäten in anderen Bereichen hätte man besser in den Bildungsplan investieren sollen. Nach 2013 hat man den auch 2014 nicht auf die Reihe gebracht. Dabei ist doch die Investition in die Zukunft des Landes, nämlich unsere Kinder, das erklärte Ziel. Aber hier ist der „Gordische Knoten“ scheinbar nicht lösbar, zumindest ist auch nach drei Jahren keine sinnvolle Richtung zu erkennen.

Dagegen gibt es beim ÖPNV derzeit nur eine Richtung, nämlich nach oben. Nach den Horror-Vorgaben des Vorjahres mit einer Vision von bis zu 35 Millionen Euro Zuschuss an den Verkehrs-Verbund sind wir jetzt, dank der durch Sie Herr Landrat veranlassten, und von der Kämmerei sorgfältig begleiteten Überwachung durch eine von uns beauftragte Wirtschafts-Prüfungs-Gesellschaft, bei 24 Millionen Euro angelangt.

Ein Kompromiss, den wir leider mitgehen müssen und der die Kommunen des Landkreises durchweg zum Nachdenken zwingen muss. Immerhin haben wir damit unsere Aufwendungen für Busse und Bahnen seit 2009 binnen weniger Jahre mehr als verdreifacht. Dass diese Nachricht an unsere Kämmerer am Tage vor Weihnachten zugestellt wurde möchte ich gar nicht zur Kritik stellen. 14 Tage später hätte die Erhöhung um glatte 30% auch nicht besser ausgesehen.

Und wenn der Landkreis auf die Nachforderung der vereinbarten Direktbeteiligung für 2014 bei den Kommunen zu Lasten des Kreishaushalts verzichtet, dann halte ich das Angebot für mehr als fair. Aber wir müssen uns in der Zukunft den weiteren Ausbau des Netzes gut überlegen. Die Preisspirale wird in diesem Sektor nicht stehenbleiben und die Frage ob man sich die angebotene Qualität, auch im Fahrplan, noch leisten kann wird sich für jede einzelne Gemeinde über kurz oder lang stellen.

Dabei wirft sich einmal mehr die Frage auf, wo die Landesregierung eigentlich steht. Mit großen Versprechungen für den Umstieg auf Busse und Bahnen angetreten, mussten wir erleben wie der Zuschuss zum Nahverkehr aus dem Stand heraus gekürzt wurde. Dabei sollen wir uns auch noch bedanken, dass die Umbauten der Bahnsteige zwischen Karlsruhe und Bruchsal als „Härtefälle“ abgerechnet werden.

Gleichzeitig lobt sich der Verkehrsminister in dieser Woche für die Investition von 400 Mio. Euro in den Straßenbau. Mehr als jede Vorgänger-Regierung, so zumindest die Anerkennung von MP Kretschmann. Vielleicht lässt das ja auch Hoffnung für Erkenntnis der Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke aufkeimen. Wobei die Bremsklötze dafür eher im regionalen Umfeld zu suchen sind.

Das soll keine Kritik am Ausbau der Straßen aufwerfen, aber die Vernachlässigung des ÖPNV passt überhaupt nicht in das Bild. Da frage ich mich manchmal schon, wie man an der grünen Basis damit zurechtkommt.

Zurechtkommen müssen wir mit den sozialen Freizügigkeiten, die großzügiger Weise verteilt werden – am Beispiel der Inklusion. Nicht dass ich der Meinung wäre, dass unsere Gesellschaft dahingehend keine Verantwortung hätte, aber wenn Gesetze erlassen werden, dann müssen denen auch angemessene Leistungen gegenüberstehen. Aber das Konexitätsprinzip klagen wir jedes Jahr erfolglos ein. Und wenn tatsächlich ein finanzieller Ausgleich berechnet wird, dann ist er in aller Regel nicht auskömmlich. Die Beispiele hatten wir bei der Verwaltungsreform und derzeit, wie bereits beklagt bei der Flüchtlings-Pauschale.

Ich habe da auch durchaus meine Probleme mit unseren Abgeordneten, die im Wahlkreis Wein predigen und dann in den Entscheidungen ganz offensichtlich für Wasser plädieren. Einerseits wird großzügig aufgetischt und das Bezahlen den anderen, sprich den Kommunen überlassen. Aber wir sind manchmal selber schuld. Anstatt auch mal unsere Meinung dazu zu sagen machen wir einen höflichen Diener und bedanken uns noch dafür – in der Hoffnung, dass der eine oder andere Krümel vom Tisch auch mal bei uns hängenbleibt.

Mehr als ein Krümel scheint dem Landkreis bei der Finanzierung unserer Vorhaben bei den Krankenhäusern zuteil zu werden. Wenn wir jetzt auch noch beim Krankenhaus-Neubau in Bretten in die Förderung kommen, wird Frau Altpeter wohl als einzige Ministerin der derzeitigen Landesregierung in meiner Erinnerung hängen bleiben.

Es gibt sicher nicht nur finanzielle Gründe die medizinischen Angebote zu zentralisieren. Die Konzentration von Fachwissen in einer größeren Einheit oder neudeutsch „Unit“ hat natürlich auch etwas für sich, zumal die Entfernungen bei den Fachleuten keine Rolle spielt. Und so wie heute die Kinder nicht mehr auf das nächstbeste Gymnasium gehen, sondern sich an der Ausrichtung orientieren, so wählen auch Patienten oder deren Angehörige oftmals die Spezialbehandlung in Schwerpunkt-Krankenhäusern, auch über die Region hinaus.

Aber der Landkreisbürger auf der Straße erwartet auch eine Notfallversorgung auf dem schnellsten Weg. Das war für unsere Fraktion auch der entscheidende Grund für den Neubau in Bretten. Wir

sehen im Mittelpunkt immer noch den Menschen und nicht den Arbeitgeber-Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Seit ich hier stehe klage ich über den teilweise menschenunwürdigen Umgang von Politik und Krankenkassen mit Patienten, aber auch alten Menschen in den Pflegeheimen. Alles orientiert sich an den Kosten – man spart an allen Ecken.

Umgekehrt zwingen uns aber Vorgaben der Berufsgenossenschaft und verstärkt auch Vorgaben des Brandschutzes zur Vermeidung von Personenschäden zu Investitionen in Millionenhöhe und zu Dienstanweisungen die eine praktische Arbeit fast unmöglich erscheinen lassen.

Die angekündigten Zentralisierungen auch beim Bereitschaftsdienst werden sich letzten Endes bei unseren Notfall-Hilfen vor Ort niederschlagen. Zu Lasten der Kommunen, aber auch der ehrenamtlichen Helfer die am Nachmittag bei den Ganztagschulen aushelfen sollen. Wenn nicht hier, dann in der Flüchtlingsbetreuung oder im Tafelladen. Und wenn dann noch Zeit bleibt am Abend für die Kinderbetreuung im Sport- oder Kulturverein zur Verfügung stehen. Nicht zu vergessen die caritativen Vereinigungen der Liga die ja auch weitgehend auf ehrenamtliche Kräfte zurückgreifen.

Die Auswirkungen dieser angesprochenen Themen finden sich alle in dem uns vorliegenden Haushaltsplan der von Ihnen Herr Landrat ausführlich kommentiert, im November eingebracht und vom Kreiskämmerer in den Vorberatungen vertieft und bereits auch wieder mit negativen Vorzeichen relativiert wurde. Es ist aber der normale Ablauf von Planungen, dass sie durch die Realität überholt werden und Veränderungen erfahren. Das trifft nicht nur auf den Kreishaushalt zu sondern auch auf kommunale Planungen.

Es kann nicht Aufgabe des Kreistages sein jede einzelne Position zu hinterfragen wenn nicht gerade ein berechtigter Zweifel an den Planungen besteht. So wird sich die Diskussion nicht an den einzelnen Ausgaben orientieren sondern an der Finanzierung des Defizits – sprich an den zu erwartenden Einnahmen beziehungsweise an der Kreisumlage.

Die Argumente, dass sich der Haushalt in der Regel besser als geplant entwickelt und dadurch ein Spielraum entsteht, werden durch das zu erwartende Jahresergebnis 2014 mehr als widerlegt. Von den geplanten 10 Millionen Überschuss aus der Ergebnisrechnung bleiben nach der Vorschau der Kämmerei nichts mehr übrig. Natürlich kann man die Schätzung der zu erwartenden Ausgaben anzweifeln und man kann auch fiktiv die eingeplante Grunderwerbssteuer erhöhen. Das sind aber Harakiri Methoden die mit einer seriösen Planung nichts mehr zu tun haben.

Bereits die geplanten Einnahmen in Höhe von 4,7 Mio. Euro unter dem Titel „Forderungen gegen das Land aus der Flüchtlings-Unterbringung“ halte ich für gewagt. Selbst wenn man sich im Laufe des Jahres auf eine Erhöhung der Pauschale einigt, würde ich eine Wette darauf eingehen, dass dies nicht rückwirkend passiert. Wenn doch, bin ich überzeugt, dass der Landrat meine Wettschulden übernehmen würde.

Der Landkreis hat sich bereit erklärt die Nachzahlung aus der Direktbeteiligung für den ÖPNV 2014 in Höhe von über 3 Millionen zu übernehmen. Und nicht zuletzt erhalten die Gemeinden aus der Erhöhung der Umsatzsteuer die Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe von über 2 Mio.€.

Die im Plan zur Deckung ausgewiesenen 28 Prozentpunkte halte ich aus dieser Aufzählung heraus für mehr als einen fairen Kompromiss. Wenn überhaupt reicht das gerade mal aus den für meine Begriffe zu hohen Schuldenstand zu halten. Das ist allerdings nicht die Meinung aller Mitglieder unserer Fraktion. Daher werden wir in dieser Frage uneinheitlich abstimmen. Ohne allerdings den Haushalt in Frage zu stellen.

Es gibt durchaus auch Stimmen die eine Fixierung des Schuldenstandes auf die Grenze von 100 Millionen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Zinssituation, für nicht erforderlich halten. Aber wenn wir uns weiter verschulden, werden wir in der Dauer der Zinsbindung nicht in der Lage sein eine vollständige Tilgung zu erreichen. Und ob wir in 10 Jahren noch eine vergleichbare Marktsituation antreffen werden ist eher unwahrscheinlich. Die Verlockungen zur Verschuldung sind derzeit auch im

privaten Bereich an der Tagesordnung. Die Blase platzt auch bei uns spätestens mit dem Anziehen des Zinsniveaus.

Auch das Argument, dass wir mit unseren Darlehen Kapital aufbauen das den künftigen Generationen zur Verfügung steht ist nur vordergründig gedacht. Für was machen wir eigentlich eine betriebswirtschaftliche Bilanz wenn wir sie nicht lesen können und erkennen, dass unser Eigenkapital gerade mal 25% beträgt und unter Hinzuziehung der Beteiligungen nicht besser wird.

Das einzige Argument das für eine Erweiterung des Kreditrahmens spricht ist die Tatsache, dass die Kommunen des Landkreises, nach dem Statistischen Landesamt Ende 2013 inklusive der Eigenbetriebe, eine vierfach höhere Verschuldung aufweisen. Das betrifft aber jeden einzelnen Häuptling mit seinem Stamm während wir in diesem Raum für die Situation im Kreis gewählt und verpflichtet sind.

Meine Damen und Herren der Verwaltung,

das Jahr 2014 war mit Sicherheit arbeitsreich und nicht zuletzt durch die Unterbringungsverpflichtung der Flüchtlinge in beinahe allen Bereichen des Landratsamtes noch intensiver als das Vorjahr. Die aktuelle Situation lässt darauf schließen, dass auch das laufende Jahr nicht ruhiger ablaufen wird. Ich möchte mich für die Freien Wähler stellvertretend bei den Dezernats- und Amtsleitungen für Ihren aktiven Einsatz bedanken, verbunden mit der Bitte dies den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzugeben.

Dieser Dank gilt auch den Verantwortlichen und dem Personal unserer Beteiligungen, wenn man einmal vom Verkehrs-Verbund absieht, vornehmlich aber dem Abfall-Wirtschafts-Betrieb für seine stabilen Verhältnisse und den positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Nicht zuletzt gilt unser gemeinsamer Dank auch Ihnen, Herr Landrat.

Der Eindruck, dass Sie sich über die Maßen mit Ihrem Landkreis identifizieren, die Probleme aufnehmen und die Interessen kompetent vertreten hat sich in dem schwierigen letzten Jahr noch verstärkt. Wir sind aus heutiger Sicht bereit mit Ihnen auch weitere 8 Jahre zusammen zu arbeiten und freuen uns darauf.

Die Freien Wähler sehen die Höhe der Kreisumlage, wie gesagt, nicht einheitlich, werden diese Frage aber nicht als Grundlage für eine Ablehnung des vorgelegten Haushalt inclusive der Einzelanträge machen.

Wir stimmen dem TOP 4, der Haushaltssatzung 2015 des Landkreises mit Haushaltssatzung und mittelfristiger Finanzplanung ebenso zu, wie den Haushaltsplänen der beiden aufgerufenen Stiftungen.

Für den Fall, dass TOP 5 und TOP 7 in die Abstimmung mit einbezogen werden, möchte ich auch gleichzeitig die Stellungnahme meines Kollegen Reinhold Gsell mit abgeben.

zum Wirtschaftsplan 2015 mit mittelfristiger Finanzplanung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Karlsruhe / TOP 5

Der Erfolgsplan des Jahres 2015 ändert sich gegenüber dem Plan 2014 nur unwesentlich. Die Abfallmengenentwicklung wird sich auch in 2015 voraussichtlich wie geplant fortsetzen, sodass auch die Umsatzerlöse auf dem Planwert 2014 liegen werden. Vertragliche Preisanpassungen bei den Sammel- und Entsorgungsverträgen werden durch den Abbau noch vorhandener Gebührenüberdeckungen von 900.000,00 Euro im Jahr 2015 kompensiert. Kernaussagen für 2015 Abfallgebühren bleiben unverändert. Gute Akzeptanz der Nutzer für das kundenfreundliche System des Landkreises Karlsruhe ist festzustellen.

Das vom Abfallwirtschaftsbetrieb dem Landkreis gewährte Darlehen soll mit aktualisierten Zinsen im Jahr 2015 unverändert bleiben, was unsere Zustimmung findet.

zum Wirtschafts- und Investitionsplan 2015 der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH (BRLK)

Da nach der Wirtschaftsplanung für 2015 im operativen Geschäft keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr zu erwarten sind und ein Jahresüberschuss von rund 54.000,00 Euro geplant ist, kann aufgrund der Tatsache das keine größeren Investitionen geplant sind und aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, der Landrat ermächtigt werden dem Wirtschafts- und Investitionsplan der Gesellschaft für Biomüll und Recycling für 2015 zuzustimmen.